

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1974	467
Rezessive Tendenzen in den westlichen Industrieländern als Folge der Ölknappheit	467
Bundesrepublik Deutschland	471



DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 51-52/73

Berlin

20. Dezember 1973

40. Jahrgang

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1974

Mit dem Entschluß der ölexportierenden arabischen Staaten, das Mineralölangebot als Waffe im Nahost-Konflikt einzusetzen, haben sich in den westlichen Industrieländern die Aussichten für die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1974 weiter verschlechtert: Die Prognosen bedürfen einer Revision.

Die konjunkturelle Ausgangslage in der westlichen Weltwirtschaft war auf Abschwächung gerichtet; durch die Verknappung des Produktionsfaktors Energie wird diese nachfragebedingte Tendenz von der Angebotsseite her verstärkt werden. Welcher der beiden Faktoren, die Abschwächung der Nachfrage oder die verminderte Ergiebigkeit des Angebots, den Produktionsverlauf letztlich bestimmt, wird von Land zu Land verschieden sein. Besonders in Ländern mit ausgeprägter konjunktureller Verlangsamung dürfte die Ölkrise nicht nur das Angebotspotential, sondern durch ihre indirekten Wirkungen auch die Nachfrage ungünstig beeinflussen. Diese gegenseitigen Bedingtheiten entziehen sich einer „exakten“ Prognose.

Im folgenden soll anhand von Modellrechnungen dargestellt werden, wie die Wirtschaftsentwicklung international und in der Bundesrepublik Deutschland im kommenden Jahr aussehen könnte. Die bei diesen Berechnungen unvermeidlichen Unsicherheiten implizieren die Notwendigkeit einer dauernden Überprüfung. Prognosen werden in der nächsten Zeit eine kürzere Lebensdauer haben als bisher gewohnt. Worauf es gegenwärtig ankommt, ist ein Ausleuchten der Szenerie aus dem veränderten Gesichtswinkel, um Anhaltspunkte für die Unterscheidung von nun notwendigen — und richtigen — wirtschaftspolitischen Maßnahmen und solchen zu finden, die zur Steuerung der Krisenwirkungen überflüssig oder falsch sind.

Rezessive Tendenzen in den westlichen Industrieländern als Folge der Ölknappheit

In den westlichen Industrieländern ist im Zuge einer anhaltenden Ölverknappung mit einer angebotsbedingten Produktionsabschwächung zu rechnen, die über das bereits erwartete konjunkturbedingte Maß hinausgeht. Auch die Nachfrage nach Produkten, deren Verbrauch komplementär zum Ölverbrauch ist, wird getroffen werden.

1973 haben sich Versorgungsschwierigkeiten allerdings noch kaum in der Zuwachsrate des realen Bruttosozialprodukts niederschlagen können: das Wirtschaftswachstum hat sich im Jahresdurchschnitt gegenüber 1972 in Westeuropa noch von rund 3,5 auf etwa 5,5 vH und in den außereuropäischen Ländern von rund 6,5 auf etwa 7 vH beschleunigt. Das verrin-

Entwicklung des Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer

Länder	Gewichte ¹⁾ 1972 in vH		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH								
	BSP	Aus- fuhr der BRD	1971			1972			1973 ²⁾		
			real	nom.	Preise ³⁾	real	nom.	Preise ³⁾	real	nom.	Preise ³⁾
Bundesrepublik Deutschland	10,3	—	2,7	10,6	7,7	3,0	9,3	6,0	5,5	12	6
Frankreich	7,8	17,6	5,0	10,2	5,0	5,4	11,4	5,7	6,5	13,5	6,5
Großbritannien	6,4	6,4	2,4	11,3	8,7	2,3	9,9	7,4	6	14,5	8
Italien	4,8	11,4	1,6	8,3	6,6	3,2	9,3	5,9	4,5	15,5	10,5
Niederlande	1,8	13,7	3,8	12,7	8,6	4,5	13,8	8,9	4,5	14	9
Belgien	1,4	11,1	3,5	9,4	5,7	5,4	11,8	5,9	5,5	13	7
Dänemark	0,9	2,7	4,0	10,2	6,0	4,6	13,5	8,5	4,5	14	9
Irland	0,2	0,4	3,1	14,0	10,7	3,0	16,4	13,0	5,5	17	11
EG ab 1. 1. 1973	33,6	—	3,1	10,4	7,0	3,7	10,4	6,4	5,5	13,5	7,5
EG bis 31. 12. 1972	26,2	—	3,3	10,1	6,6	4,0	10,3	6,1	5,5	13	7
Schweden	1,7	4,6	— 0,0	7,4	7,4	2,2	8,9	6,6	4	11,5	7
Schweiz	1,2	7,9	3,9	13,4	9,1	5,5	15,3	9,3	4	14,5	10
Österreich	0,8	6,8	5,6	11,6	5,7	6,4	14,6	7,7	6	16	9,5
Norwegen	0,6	1,7	5,5	11,8	6,0	4,3	8,9	4,4	4,5	13	8
Europäische Industrieländer	37,9	—	3,1	10,4	7,1	3,7	10,5	6,5	5,5	13,5	7,5
Europäische Industrieländer ohne BRD	27,6	—	3,3	10,3	6,8	4,0	11,0	6,7	5,5	14	8
Europäische Industrieländer ohne BRD ⁴⁾	—	84,3	3,6	10,6	6,8	4,6	11,9	7,0	5	14	8,5
USA	46,2	12,5	3,2	8,0	4,7	6,1	9,4	3,1	6	12	5,5
Kanada	4,1	1,4	5,8	9,1	3,1	5,8	10,7	4,6	6,5	13,5	6,5
Japan	11,8	1,8	6,2	11,3	4,8	9,7	14,7	4,6	10,5	23	11,5
Außereuropäische Industrieländer	62,1	—	3,9	8,7	4,6	6,8	10,5	3,5	7	14	6,5
Außereuropäische Industrieländer ⁴⁾	—	15,7	3,8	8,5	4,6	6,5	10,1	3,4	6,5	13,5	6,5
Insgesamt	100,0	—	3,6	9,3	5,5	5,6	10,5	4,6	6,5	14	7
Insgesamt ohne BRD	89,7	—	3,7	9,2	5,3	5,9	10,7	4,5	6,5	14	7
Insgesamt ohne BRD ⁴⁾	—	100,0	3,6	10,3	6,5	4,9	11,7	6,5	5,5	14	8

1) Auf Dollarbasis nach dem Realignment vom Dezember 1971. — 2) Schätzungen auf 0,5 Prozentpunkte gerundet. — 3) Deflationierungsfaktor. — 4) Gewichtet nach Anteilen der Länder an der deutschen Warenausfuhr.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW.

gerte Expansionstempo im zweiten Halbjahr 1973 war sowohl nachfrage- als auch angebotsbedingt; dennoch setzten die wirtschaftspolitischen Instanzen auch in Ländern mit Kapazitätsreserven wegen der zunehmenden Preissteigerungen ihre Bremspolitik fort.

Geprägt wurde der Konjunkturverlauf 1973 sowohl in Westeuropa als auch in den USA und Japan vor allem durch die lebhafte Investitionstätigkeit der Unternehmen. Dagegen tangierten die bereits rückläufigen Wohnbauinvestitionen allmählich auch andere Nachfragebereiche. Der reale Verbrauch expandierte 1973 etwas schwächer als das Bruttosozialprodukt. Im außenwirtschaftlichen Bereich hat die Verbesserung der amerikanischen Zahlungsbilanz zu einem Abbau der währungspolitischen Spannungen beigetragen; der internationale Austausch von Gütern und Diensten hat stärker zugenommen als die anderen Komponenten des Bruttosozialprodukts.

Schätzungen für 1974 gingen bis zum Zeitpunkt der Ölverknappung bereits von einer deutlichen — vor allem nachfragebedingten — Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Expansion in den westlichen Industrieländern aus. Neben einem leicht verlangsamten Anstieg des privaten Verbrauchs erwartete man insbesondere eine annähernde Stagnation der Inve-

stitionstätigkeit. Ferner konnte angenommen werden, daß mit einer vor allem wechsellkursbedingten Verlagerung der Außenwirtschaftsströme unerwünschte Leistungs- und Zahlungsbilanzsalden weiter abgebaut werden würden. Hinzu kommen nun die Auswirkungen der Energieverknappung.

Ein zurückgehendes Energieangebot wird sich nur abgeschwächt auf das Wachstum des Bruttosozialprodukts auswirken, da die Industrieländer versuchen, der sich abzeichnenden Energieverknappung durch Einsparungen im Bereich der privaten Haushalte zu begegnen. Dabei sind die kaum abzuschätzenden Sekundär- und Tertiärwirkungen nicht berücksichtigt, die sowohl negative als auch — vor allem über Innovationsprozesse — positive Aspekte für die Produktionsentwicklung haben können. Modellrechnungen, die unter der Voraussetzung weitgehender Substitution und Einsparung des Öls sowie eines Lagerabbaus durchgeführt wurden, zeigen, daß die Ölverknappung die Industrieländer sehr unterschiedlich treffen wird. Entscheidend hierfür ist die Abhängigkeit von den Ölimporten aus den arabischen Ländern. Darüber hinaus werden die einzelnen Industrieländer vom Ölboykott der arabischen Länder unterschiedlich getroffen, je nachdem, ob sie von den arabischen Ländern als „befreundete“, „neutrale“ oder

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts

Reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

Länder	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlageinvestitionen			Exporte			Importe		
	1971	1972	1973	1971	1972	1973	1971	1972	1973	1971	1972	1973	1971	1972	1973
Bundesrepublik Deutschland . . .	5,6	3,4	2,5	7,3	4,4	3	4,5	1,9	2	6,5	7,7	17,5	9,8	8,3	11
Frankreich . . .	6,6	5,8	5,5	3,8	3,9	4	4,9	6,0	8	14,4	9,0	13,5	11,8	10,3	16,5
Großbritannien . . .	2,6	5,9	5	3,7	3,8	5	0,5	1,2	7	7,1	3,1	11,5	4,8	10,2	11,5
Italien . . .	2,8	3,8	6	5,2	4,2	3,5	-3,5	-0,2	5,5	6,2	11,2	6	1,7	13,2	10
Niederlande . . .	3,3	3,3	3,5	3,8	1,6	2	1,5	-1,3	5,5	12,0	8,9	12,5	8,1	3,9	14
Belgien . . .	3,9	5,9	5	5,9	7,2	5	-2,2	4,8	5,5	8,6	6,9	12	6,5	7,5	11
Dänemark . . .	2,0	3,0	5	6,6	7,2	7	1,7	2,5	3,5	7,6	7,9	11	1,3	3,4	10
Irland . . .	3,2	3,0	4,5	3,3	9,2	5	9,0	3,6	10	4,9	6,7	13	4,1	7,0	12,5
EG ab 1. 1. 1973 .	4,5	4,6	4,5	5,3	4,2	4	2,6	2,5	5,5	8,8	7,6	13	7,4	8,9	12
EG ohne BRD .	4,1	5,1	5,5	4,3	4,1	4	1,5	2,9	7	9,7	7,6	11	6,5	9,1	12,5
EG b. 31. 12. 1972	5,1	4,4	4,5	5,7	4,2	3,5	3,0	2,8	5	9,2	8,6	13,5	8,3	8,8	12,5
Schweden . . .	-0,9	2,3	3,5	4,0	1,0	3,5	-2,1	5,5	3	5,8	5,4	11	-3,0	4,6	9,5
Schweiz . . .	5,5	5,7	5	3,7	4,5	5	7,8	7,7	2,5	2,6	5,1	8	5,7	6,1	6
Österreich . . .	6,6	7,3	5	2,8	6,0	4	12,9	11,4	4	4,8	10,3	8,5	5,9	11,2	14
Norwegen . . .	5,0	1,6	5	7,5	5,3	4	18,6	-5,7	14,5	3,0	14,7	7,5	6,5	1,5	17
Europäische Industrieländer .	4,4	4,6	4,5	5,2	4,1	4	3,2	3,0	5	8,1	7,7	12,5	6,8	8,5	12
Europ. Industrieländer o. BRD .	3,9	5,0	5	4,3	3,9	4	2,6	3,5	6,5	8,6	7,7	11	5,9	8,5	12,5
USA . . .	3,9	6,1	6	-0,6	4,4	1,5	4,5	10,3	7,5	1,0	7,0	19	4,8	11,5	6
Kanada . . .	5,5	7,8	8	5,3	3,4	4,5	7,9	3,6	7	5,1	6,7	9,5	7,7	11,5	11
Japan . . .	7,1	9,4	8,5	8,1	7,3	8	7,7	10,4	15	17,9	7,4	5	3,4	8,5	20
Außereurop. Industrieländer .	4,5	6,7	6,5	0,7	4,6	2,5	5,7	9,9	10	6,1	7,0	13,5	5,1	10,9	10
Insgesamt . . .	4,5	5,9	6	2,3	4,4	3	4,7	7,1	8	7,4	7,5	13	6,2	9,3	11
Insges. o. BRD .	4,3	6,2	6	1,7	4,4	3	4,7	7,9	8,5	7,5	7,4	12	5,5	9,5	11,5

Quellen: Vgl. Tabelle des Bruttosozialprodukts. Gewichte 1972 auf Dollarbasis nach dem Realignment vom Dezember 1971. Schätzungen für 1973 auf 0,5 Prozentpunkte gerundet.

„feindliche“ Staaten angesehen werden. Alle Annahmen über die arabischen Öllieferungen während des Jahres 1974 können allerdings nur aus dem gegenwärtigen Verhalten der Regierungen hergeleitet werden und sind deshalb nicht sehr verlässlich. Es wurde unterstellt, daß die arabischen Länder die gegen-

wärtige unterschiedliche Behandlung der Industrieländer fortsetzen, d. h. die Öllieferungen an „befreundete“ Staaten gegenüber 1973 nicht einschränken, die Lieferungen an „neutrale“ Staaten gegenüber 1973 um 30 vH kürzen und die Lieferungen an „feindliche“ Staaten weiterhin aussetzen. Die Politik der

Modellrechnung über die Auswirkung der Ölkrise auf das Energieaufkommen¹⁾

In vH

	BRD	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Belgien	Dänemark	Irland	EG	USA	Japan
Anteil des Erdöls am gesamten Energieaufkommen	55	67	51	79	64	70	92	71	61	45	74
Anteil der arabischen Erdöllieferungen am gesamten Energieaufkommen	40	51	40	61	49	54	72	56	47	5	59
Angenommene Kürzung von arabischen Erdöllieferungen	30	10	20	30	50	30	30	30	30	100	30
Minderangebot (-) bzw. Mehrangebot (+) an Energie, insgesamt ²⁾	- 5	+ 2	- 1	- 11	- 17	- 9	- 15	- 10	- 7	+ 2	- 11
Minderangebot (-) bzw. Mehrangebot (+) an Energie für die Wirtschaft bei angenommener Energie-Einsparung der privaten Haushalte und Kleinverbraucher von 20 vH	- 0	+ 7	+ 2	- 6	- 13	- 5	- 5	- 6	- 2	+ 8	- 6

1) Die Grunddaten beziehen sich auf das Jahr 1971. — 2) Unter Berücksichtigung von Vorratsabbau und Substitution durch Kohle in Höhe von 7 vH.

Quellen: SAEG, Energiestatistik; Minerals Yearbook 1971; Energy in Japan, June 1973.

Ölkonzerne wird — auch als Folge einer differierenden Preispolitik der einzelnen Länder — außerdem eine gewisse Umlenkung der Ölströme, etwa von Frankreich und Großbritannien nach den Niederlanden, bringen.

Der Ausfall an gesamter Energie wird sich trotzdem von Land zu Land beträchtlich unterscheiden. Am günstigsten schneiden hierbei das nicht boykottierte Frankreich und die bisher wenig vom arabischen Erdöl abhängigen USA ab. Unter der Annahme, daß Öl durch Kohle substituiert wird, weisen alle anderen Länder immer noch eine Minderung des gesamten Angebots an Energie auf. Besonders stark werden die Niederlande, Italien und Japan in Mitleidenschaft gezogen. Auch bei einer Einsparung am Mineralölverbrauch der privaten Haushalte (Heizöl und Benzin) von 20 vH hätten zahlreiche Länder immer noch ein Minderangebot an Energie für die Wirtschaft hinzunehmen. Bei gleicher Einsparung braucht es in den USA und in Frankreich nicht zu einer angebotsbedingten Verlangsamung des Wachstums im gewerblichen Bereich zu kommen. Es ist jedoch sehr fraglich, ob sich diese Länder zu solch drastischen Sparmaßnahmen entschließen werden.

Für die Sozialproduktsentwicklung zeichnet sich folgendes Bild ab: Lediglich in Frankreich und den USA dürfte das Bruttosozialprodukt noch zunehmen. Die zweite Gruppe von Ländern, zu denen die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien gehören, wird etwa das Bruttosozialprodukt von 1973 erreichen. In anderen Ländern, insbesondere in den Niederlanden, in Japan und in Italien, könnte es zu einem Produktionseinbruch kommen. In der Europäischen Gemeinschaft würde das Bruttosozialprodukt gegenüber 1973 um etwa 1 bis 2 vH zurückgehen.

Die Entwicklung der Sozialproduktskomponenten ist in dieser Konstellation allenfalls „abzutasten“. So wird der private Verbrauch noch am ehesten stabilisierend wirken, wenngleich es auch hier — wie etwa im Automobilsektor — zu teilweise schweren Einbrüchen kommen kann. Den Bemühungen der Regierungen, über die öffentlichen Ausgaben die Wirtschaftstätigkeit anzuregen, kann jedoch in einer angebotsbedingten Rezession nur ein bescheidener Erfolg vergönnt sein. Am stärksten getroffen werden die privaten Investitionen, da auch notwendige Substitutions- und Innovationsinvestitionen nur allmählich in Angriff genommen werden.

Die Verringerung des wirtschaftlichen Wachstums bzw. eine Stagnation oder Abnahme des Bruttosozialprodukts in den meisten westlichen Industrieländern wird zu einem Rückgang der Beschäftigung und der Auslastung der Sachkapazitäten führen. Auch bei Stagnation der Produktion wird der Produktivitätsfortschritt

Arbeitskräfte und Produktionspotential freisetzen.

Die Ölkrise beschwört indes nicht nur ein Beschäftigungsproblem herauf, sondern gibt auch dem Preisauftrieb neue Nahrung, den die bisherige Konjunkturabschwächung nur wenig, wenn überhaupt, dämpfen konnte. Angesichts dieser Konstellation kommt der Lohnentwicklung entscheidende Bedeutung zu. Die Gewerkschaften stellen in den meisten Ländern hohe Lohnforderungen, um die starken Preissteigerungen zu kompensieren. Bei stagnierender oder sogar rückläufiger Güterproduktion heizen jedoch kräftige Lohnerhöhungen den Inflationsprozeß weiter an. Eine zurückhaltende Lohnpolitik, die auf Wahrung des Besitzstandes ausgerichtet ist, würde zusammen mit einer gesamtwirtschaftlich sich ohnehin abschwächenden Gewinnentwicklung der gegenwärtigen Notlage besser Rechnung tragen. Gewerkschaftliche Aktivitäten sollten sich in dieser Situation eher darauf richten, durch eine allgemeine Verminderung der Arbeitszeit oder Verlängerung des Urlaubs die Arbeitslosigkeit so gering wie möglich zu halten; Maßstab für eine solche Arbeitszeitverkürzung ist der Produktivitätsfortschritt.

Auch die öffentliche Hand kann zur Sicherung der Arbeitsplätze einen Beitrag leisten. So kann sie versuchen, einen Teil des Beschäftigungsrückgangs dadurch abzufangen, daß sie an anderer Stelle neue Arbeitsplätze schafft. Dies wäre sinnvoll in solchen Bereichen, die wenig Energie verbrauchen oder die zur Substitution oder Ersparnis von Energie beitragen. Mit steuerlichen Anreizen könnten Investitionen in Bereichen angeregt werden, die der Milderung des Energieengpasses dienen; gefördert werden könnten auch jene Bereiche, in denen es zu größeren als energiebedingten Beschäftigungsrückgängen kommt.

Unter der Angebotsverknappung von Erdöl, die vor allem als eine Waffe gegen die als neutral oder feindlich eingestuftten Industrieländer gedacht war, wird sehr schnell auch die gesamte Dritte Welt zu leiden haben. Ihre Absatzchancen werden sich verschlechtern, sei es, weil der Bedarf an Rohstoffen und Halbwaren im Zuge von Produktionseinschränkungen in den Industrieländern sinkt, sei es, weil aufgrund von Einkommensausfällen die verfügbare Kaufkraft abnimmt.

Im internationalen Handel sind beträchtliche Verlagerungen der Warenströme zu erwarten. Begünstigt werden Länder, die substitutive Energieprodukte anzubieten haben, z. B. Kohle und Gas, oder Güter, die den Ausfall an synthetischen, auf der Basis von Erdöl erzeugten Waren wettmachen können, etwa natürliche Textilfasern. Zusätzliche Exportmöglichkeiten

werden auch jene Länder haben, die von der Erdölverknappung weniger hart betroffen sind, weil sie entweder besser beliefert werden oder aber in ihrer Energieversorgung unabhängiger sind; hierzu zählen vor allem die USA.

Veränderungen der Außenhandelsmengen und -werte sowie dadurch bedingte Verlagerungen der Zahlungsströme werden auch 1974 die Zahlungsbilanzaspekte zu einem Problem der internationalen Wirtschaftsbeziehungen machen. In erster Linie profitieren die Erdölländer, deren Devisenerlöse selbst bei Kürzung der exportierten Mengen kräftig steigen werden. Belastungen der Zahlungsbilanzen infolge verschlechterter Terms of Trade werden bei allen Handelspartnern der Erdölländer spürbar werden; das Ausmaß dieser Belastungen wird u. a. von der Einfuhrabhängigkeit in der Energieversorgung bestimmt. Sie werden von den Ländern als besonders schwerwiegend empfunden, die in der Vergangenheit schon mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu kämpfen oder eine gerade ausgeglichene Zahlungsbilanz hatten.

Es liegt durchaus im Interesse nicht nur dieser „notleidenden“ Volkswirtschaften, sondern aller Länder, Konzepte zu entwickeln, wie durch Zusammenarbeit weitere Störungen des internationalen Waren- und Kapitalverkehrs vermieden werden können. Dazu gehört bei unzureichenden Devisenreserven auch die

Gewährung von Beistandskrediten vor allem an Länder, die angebotsbedingt die stärksten Sozialproduktseinbußen hinnehmen müssen. Dies gilt um so mehr, als Wechselkursänderungen nicht das geeignete Mittel wären, so entstehenden Defiziten entgegenzutreten. Nur ein konzertiertes Vorgehen kann die Weltwirtschaft vor nationalistischen Praktiken schützen, die ihr über die Erdölverknappung und -verteuerung hinaus bleibenden Schaden zufügen müßten.

Für die Vermeidung neuer Währungsunruhen ist die Abstimmung der nationalen Zinspolitiken von zentraler Bedeutung, um zinsinduzierte Mittelzu- oder -abflüsse auszuschalten. Zwar kann der Geld- und Kreditpolitik bei energiebedingter Angebotsverknappung keine entscheidende Rolle in der Bekämpfung der Unterbeschäftigung zugewiesen werden; jedoch wird man davon ausgehen können, daß vor allem die USA unter dem Druck erhöhter Arbeitslosigkeit ihre Kreditpolitik lockern. Wechselkurspolitische Probleme ergeben sich daraus nicht, solange diese Zinssenkungen von erhöhten amerikanischen Leistungsbilanzüberschüssen und entsprechenden Aufwertungserwartungen für den US-\$ begleitet sind. Politisch motivierte monetäre Transaktionen aber — etwa ein massiertes Dollarangebot auf den Devisenmärkten durch die Erdölländer — sollten mit währungspolitischer Solidarität der EG-Länder beantwortet werden, d. h. Beibehaltung des gegenwärtigen Blockfloating.

Bundesrepublik Deutschland

Im Rückblick war das Jahr 1973 durch zwei unterschiedliche konjunkturelle Tendenzen gekennzeichnet. Der kräftige, aber sehr kurze Aufschwung der ersten Jahreshälfte wurde im zweiten Halbjahr von einer ebenso deutlichen Abschwächung abgelöst. Durch diese Abschwächung wird das für das ganze Jahr im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu ermittelnde Ergebnis relativiert: Das reale Bruttosozialprodukt nahm um knapp 6 vH zu.

Besonders deutlich waren die Schwächetendenzen bei der Inlandsnachfrage ausgeprägt. Sie konzentrierten sich auf den privaten Verbrauch und auf die Bauinvestitionen. Real nahm der private Verbrauch im zweiten Halbjahr 1973 im Vorjahresvergleich nur noch um rund 1,5 vH zu, die realen Bauinvestitionen sind, allerdings teilweise auch witterungsbedingt, niedriger gewesen als im zweiten Halbjahr 1972. Bei den Ausrüstungsinvestitionen ist es nicht zu dem im Frühjahr erwarteten Beschleunigungsprozeß gekommen; das Vorjahrsergebnis dürfte im zweiten Halb-

jahr 1973 nur um 2 bis 3 vH übertroffen worden sein. Für die inländische Güterverwendung insgesamt errechnet sich für das zweite Halbjahr 1973 im Vorjahresvergleich eine reale Zunahme von lediglich knapp 3 Prozent, nach einem Anstieg von 4,5 vH in der ersten Jahreshälfte.

Die nach wie vor kräftige Expansion des realen Bruttosozialprodukts war im zweiten Halbjahr somit hauptsächlich auf die anhaltend rege Exportentwicklung zurückzuführen. Im Vorjahresvergleich erhöhten sich die realen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen um über 17 vH. Betrachtet man die absoluten Werte, so ergibt sich — wiederum im Vorjahresvergleich — Identität von realem Sozialproduktszuwachs und realer Exporterhöhung. Beide Größen stiegen zu Preisen von 1962 um rund 15 Mrd. DM. So gesehen haben sich auch die reale Expansion der Inlandsverwendung und die der Importe der Größenordnung nach entsprochen (+ 8 Mrd. DM zu Preisen von 1962). In diesen Relationen kommt deutlicher als bei einer

Betrachtung von Zuwachsraten die außerordentliche Exportabhängigkeit der Konjunktur in dieser Abschwächungsphase zum Ausdruck. Auch in nominaler Rechnung hielten die Einfuhren mit der raschen Expansion der Ausfuhren nicht Schritt. So erhöhte sich der Außenbeitrag (Waren und Dienstleistungen) auf den neuen Rekordbetrag von fast 16 Mrd. DM.

Auf den Arbeitsmarkt hat die Tendenzwende der Gesamtnachfrage rasch übergreifen. Die Zahl der abhängig Beschäftigten nahm im Sommer kaum noch zu, seit Herbst ist sie leicht rückläufig. In einzelnen Sektoren, insbesondere in der Bauwirtschaft sowie in der Textil- und der Bekleidungsindustrie, ist es zu deutlichen Einschränkungen der Beschäftigung gekommen. Die Arbeitslosigkeit vergrößerte sich allerdings schon, bevor die Beschäftigungsexpansion zum Stillstand kam. Seit Frühjahr dieses Jahres ist sie kontinuierlich gestiegen und hat gegen Jahresende — saisonbereinigt — ein Niveau von über 350 000 erreicht. Zugleich nahm das Stellenangebot stetig ab. Saisonbereinigt übertraf am Jahresende 1973 die Zahl der offenen Stellen diejenige der Arbeitslosen nur noch um etwa 30 vH; zu Jahresbeginn war die Zahl der offenen Stellen noch etwa dreimal so groß gewesen wie die der Arbeitslosen. Zugleich hat sich die Zahl der Kurzarbeiter im November auf einen in diesem Monat noch nie registrierten Stand erhöht.

Die Lohnentwicklung blieb noch unbeeindruckt von der Abkühlung am Arbeitsmarkt. Das Anstiegstempo der Lohnsätze hat sich in dieser Phase sogar beschleunigt. Drei Faktoren haben eine Rolle gespielt: Die Steigerungsraten in neuen Tarifverträgen fallen seit dem Frühjahr höher aus als zu Jahresbeginn; seit dem Sommer werden vermehrt außertarifliche Zahlungen gewährt, insbesondere in jenen Bereichen, in denen sich zu Jahresbeginn die Gewerkschaften mit relativ stabilisierungskonformen Lohnerhöhungen einverstanden erklärt hatten; am Jahresende wirkt sich die Erhöhung des Weihnachtsgeldes im öffentlichen Dienst von zwei Dritteln auf ein volles Monatsgehalt beschleunigend auf den Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Lohnniveaus aus.

Insgesamt hat sich das Expansionstempo der Bruttolohn- und -gehaltssumme — saisonbereinigt und auf Jahresbasis gerechnet — von rund 12 vH im ersten Halbjahr auf etwa 15 vH im zweiten Halbjahr vergrößert. Die Produktivität je geleistete Arbeitsstunde verminderte sich — wiederum saisonbereinigt und auf Jahresbasis — von 6 vH im ersten Halbjahr auf 5 vH in der zweiten Jahreshälfte. Die Lohnstückkosten dürften im vierten Quartal um etwa 10 vH höher sein als ein Jahr zuvor. Diese Verschärfung des Kostendrucks gilt auch, wenn man den Sondereffekt der erhöhten Zuwendungen im öffentlichen Dienst auf das Lohn- und Gehaltsniveau ausklammert, also nur

den direkt kostenwirksamen Lohnanstieg im Unternehmensbereich berücksichtigt.

Der seit Jahresmitte von den Lohnkosten ausgehende Druck auf die Unternehmensgewinne wurde noch verstärkt durch die im Stabilisierungsprogramm von der Regierung beschlossenen Sondersteuern (Stabilitätzuschlag, Investitionssteuer). Die Unternehmen versuchten, diesem Druck durch Preiserhöhungen auszuweichen. Daß ihnen dies nur zum Teil gelang, zeigt sich in der stark verminderten Expansionsrate der Nettoeinkommen aus Unternehmer-tätigkeit und Vermögen, die im zweiten Halbjahr 1973 nur etwa 5 vH betragen dürfte (Vorjahrsvergleich). Selbst die nur teilweise Überwälzung hat nicht nur zu einem ungebrochenen, sondern sogar zu einem beschleunigten Preisauftrieb geführt.

Lediglich bei Bauinvestitionen, dem am schärfsten von den Restriktionsmaßnahmen betroffenen Bereich, hat sich der Preisanstieg zum Jahresende abgeschwächt; in allen übrigen großen Verwendungsbereichen des Sozialprodukts hat er sich verstärkt. So haben die Preise für den privaten Verbrauch, deren Zuwachsraten sich im Sommer bis auf 6,2 vH ermäßigt hatten, zuletzt schon wieder um mehr als 7 vH über ihrem Vorjahrsstand gelegen.

Trotz frühzeitigen Gegensteuerns, zunächst mit den Instrumenten der monetären Politik, dann unterstützt durch das finanzpolitische Instrumentarium, ist es nicht gelungen, Kosten und Preise unter Kontrolle zu bringen; und dies, obwohl auch das außenwirtschaftliche Instrumentarium zur Stabilisierung nutzbar gemacht wurde. Im Rahmen des Blockfloatings und durch zwei separate Aufwertungen der D-Mark wurde im Vergleich zu den Kursen von Ende 1972 zeitweise ein Aufwertungssatz gegenüber der gesamten übrigen Welt in Höhe von 22 vH erreicht, gegenüber dem US-Dollar sogar von 40 vH. Allerdings hat sich diese Kursbewegung im Herbst 1973 umgekehrt. Mitte Dezember betrug der Aufwertungssatz gegenüber der gesamten Welt im Vergleich zu den Leitkursen von Ende 1972 rund 13 vH. Für die Stabilisierungspolitik der Bundesbank hatte diese Umkehr der Kursbewegungen zwei Aspekte: Einerseits konnte sie ihre Politik der Geldverknappung ohne außenwirtschaftliche Störungen fortsetzen; andererseits entfielen durch den Kursrückgang der D-Mark stabilisierende Preiseinflüsse aus dem Ausland, insbesondere bei Massengütern, oder sie schwächten sich zumindest ab.

Die sich aus den konjunkturellen Tendenzen der zweiten Jahreshälfte 1973 für das kommende Jahr abzeichnenden Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung sind von den an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Instituten im Oktober dieses

Jahres der Öffentlichkeit vorgelegt worden. Aufgrund neuerer Informationen waren an den für das zweite Halbjahr 1973 geschätzten gesamtwirtschaftlichen Daten einige Revisionen vorzunehmen, die auch die Vorausschätzung für 1974 tangieren. Die Ergebnisse dieser Revisionen sind in der Tabelle als Status-quo-ante-Prognose wiedergegeben worden.

Seitdem klar geworden ist, daß die arabischen Erdölländer ihre starke Marktposition nicht nur zu erheblichen Verteuerungen des von ihnen gelieferten Mineralöls nutzen, sondern daß sie darüber hinaus zu Liefereinschränkungen übergehen, muß die Status-quo-ante-Prognose für das Jahr 1974 grundsätzlich überprüft werden.

Energieangebot und Wirtschaftswachstum

Über das Ausmaß der zu erwartenden Energieverknappung in der Bundesrepublik gibt es zur Zeit und wohl auch in den nächsten Wochen keine eindeutigen und zuverlässigen Informationen. Wirtschaftsprognosen, die die Wirkungen einer Erdölverknappung einbeziehen wollen, fußen daher weitgehend auf Hypothesen. Die zur Zeit gängigste Annahme folgt den bekanntgegebenen Beschlüssen der Erdöl erzeugenden arabischen Länder: Sie laufen schon für Januar 1974 auf eine Einschränkung der Lieferungen um 30 Prozent hinaus. An diesem Satz wird in der vorliegenden Rechnung für das ganze kommende Jahr festgehalten. Da die arabischen Länder einen Anteil von zwei Dritteln an den gesamten Erdöl- und -produkteneinfuhren der Bundesrepublik haben, ergibt sich insgesamt eine Einschränkung der Mineralölimporte um 20 vH.

Im übrigen wird von den Willensbekundungen der Bundesregierung ausgegangen, die Wirkungen der Energieverknappung auf die Produktion so gering wie möglich zu halten oder sie ganz zu vermeiden. Große Mengen sollen im Bereich des privaten Verbrauchs, sei es für die private Raumheizung, sei es für den privaten Kraftverkehr eingespart werden. Daneben sollen sowohl im Produktionsbereich als auch bei den privaten Haushalten Substitutionsgüter eingesetzt werden. Die gesetzlichen Mineralölvorräte im Inland werden nach dieser Konzeption geschont.

Bei Realisierung dieser Einsparungs- und Substitutionspläne ist global für Produktionszwecke ein ebenso großes Energieangebot wie 1973 zu veranschlagen. Ausfallende Zulieferungen von Mineralöl und -produkten in Höhe von rund 40 Mill. t Steinkohleneinheiten können rein mengenmäßig ausgeglichen werden: durch die ohnehin zu erwartende Mehrproduktion bzw. Mehreinfuhr von Naturgas, von Kernenergie wie auch von Braunkohle sowie durch die erwähnten Einsparungen.

Inwieweit diese Vorstellungen in der Praxis ohne allzu große Reibungsverluste verwirklicht werden können, muß offen bleiben. Unter günstigen Annahmen läßt das Energieangebot 1974 die Erzeugung eines ebenso großen realen Brutto sozialprodukts zu wie 1973. Mit diesem Ergebnis wird nur eine Größenordnung gekennzeichnet: Die zur Zeit gängige und auch in dieser Rechnung angenommene Hypothese eines stagnierenden Sozialprodukts ist zu lesen als eine Entwicklung von etwa -1 vH bis $+1$ vH.

Die Verwendungsstruktur des realen Brutto sozialprodukts 1974

Für die Konjunkturpolitik geht die Modellrechnung von den Mitte Dezember 1973 rechtskräftigen Verordnungen und Beschlüssen aus. Es wird also angenommen, daß z. B. die Investitionssteuer das ganze Jahr 1974 hindurch Gültigkeit hat, der Stabilitätzuschlag wie geplant ausläuft, der § 7 b EStG im Mai wieder in Kraft tritt und die monetäre Politik weiterhin restriktiv wirkt. Außerdem wird unterstellt, daß es im Rahmen des gemeinsamen Außenfloatings der Neun nicht mehr zu wesentlichen Veränderungen der Wechselkurse kommt.

Nach der Status-quo-ante-Prognose wurde besonders im Investitionsbereich einschließlich der Lagerbildung eine Abschwächung erwartet; daneben war wegen der weltwirtschaftlichen konjunkturellen Verlangsamung auch für die Exporte eine deutliche Verminderung im Expansionsstempo vorauszusehen. Lediglich für den realen privaten Verbrauch war eine Beschleunigung anzunehmen.

Die konjunkturellen Tendenzen der Gesamtwirtschaft waren somit schon vor der Energiekrise auf „Energieeinsparungen“ gerichtet. Die Verknappung des Energieangebots geht jedoch voraussichtlich über das Maß hinaus, das durch die konjunkturell bedingte relative Verminderung des Bedarfs markiert wird. Es wird also Abstriche von der noch vor kurzem angenommenen Expansionsrate des realen Brutto sozialprodukts geben. Diese Verminderung wird jedoch nicht alle Verwendungsbereiche des Sozialprodukts gleichmäßig betreffen.

Es ist außerordentlich schwierig, einen Übergang von der Verwendungsstruktur, die sich in der Status-quo-ante-Prognose widerspiegelte, zu einer Verwendungsstruktur zu finden, die der Energiekrise Rechnung trägt. Probleme ergeben sich insbesondere daraus, daß die Erdölkrise teils angebotseinschränkend wirken wird, teils aber auch die Nachfrage selbst beeinflußt. So ist z. B. zu befürchten, daß die Produktion der petrochemischen Industrie aufgrund spezifischer Engpässe bei der Versorgung mit ihrem Rohstoff Naphta zumindest teilweise zurückgefahren

werden muß, die Energiekrise sich hier also angebotseinschränkend auswirkt. Anders ist die Situation für die Automobilindustrie. Die Benzinverknappung wirkt hier mehr auf die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen als auf das Angebot. Ähnliche Reaktionen dürften auch an anderer Stelle in der Wirtschaft zu finden sein: Viele Pläne für Erweiterungsinvestitionen dürften in der neuen Situation überprüft werden. Es wird erstens gefragt werden, ob die neu zu schaffenden Kapazitäten überhaupt ausgenutzt werden können, und zweitens, ob nicht der dafür geplante Energiebedarf anders als vorgesehen gedeckt werden sollte. Zwar werden einige Bereiche durch den Energiemangel zu zusätzlichen Investitionen angeregt werden, insbesondere der Energiebereich selbst; dies wird jedoch voraussichtlich ein kleineres Gewicht haben als die zu erwartenden Stornierungen oder Vertagungen. In der hier vorliegenden Variante der Wirtschaftsentwicklung 1974 wird diesen Revisionen dadurch Rechnung getragen, daß für die Ausrüstungsinvestitionen statt einer realen Zunahme von 3 vH ein Rückgang von 2 vH in Rechnung gestellt wird.

Von revidierten Investitionsplänen werden auch die Bauinvestitionen, insbesondere im gewerblichen Sektor berührt werden. Außerdem kann nicht ausgeschlossen werden, daß die Bauwirtschaft zeitweilig unter Materialmangel leidet: Ein wichtiger Lieferant der Bauwirtschaft, die Industrie der Steine und Erden, ist zugleich sehr energieintensiv. Allerdings ist gerade für die Baumaterialindustrie schwer zu entscheiden, ob eine Produktionsdrosselung Energieangebotsgründe oder Nachfragegründe haben wird. Denn schon vor dem Ausbruch der Energiekrise war hier ein deutlicher Produktionsrückgang für das kommende Jahr zu erwarten. Für die realen Bauinvestitionen insgesamt wurde statt eines Rückgangs von 1 vH eine Minderung um 4 vH angenommen.

Revision von Investitionsplänen nach unten wird es nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in den übrigen westlichen Industrieländern geben. Schon deshalb wird die Auslandsnachfrage nach deutschen Produkten zurückgehen. Hinzu kommen energiebedingte Liefereinschränkungen der deutschen Exportwirtschaft.

Soweit Angebotsfaktoren eine Rolle spielen, wird die Belieferung des Auslands auch von der Preispolitik im Inland und Ausland abhängen. Allgemein wird gelten, daß der Bedarf in den Ländern, die zu dem Mittel von Preisstopps oder Preiskontrollen zur Bewältigung der Energieprobleme greifen, in einem relativ geringeren Maße gedeckt werden wird als in Ländern, die auf solche Eingriffe verzichten.

In der vorliegenden Modellrechnung wird mit einer Erhöhung der realen Exporte von Waren und Dienst-

leistungen um 4 vH gerechnet. Die Expansion ist demzufolge nur halb so stark wie in der Status-quo-ante-Prognose. Gleichwohl werden die Exporte stärker als alle übrigen großen Verwendungsbereiche des realen Sozialprodukts expandieren.

Der private Verbrauch wird sich schon wegen des verminderten Angebots an Treibstoff und Heizöl verringern. Daneben führt die Energieverknappung zu einer relativen Kaufzurückhaltung auch bei anderen Waren, z. B. bei Kraftfahrzeugen.

Insgesamt wird angenommen, daß sich der reale Konsum unter den neuen Bedingungen im nächsten Jahr um 1,5 bis allenfalls 2 vH vergrößert. Dies wären etwa 2 vH-Punkte weniger als in der Status-quo-ante-Prognose.

Für die übrigen Verwendungsbereiche des Sozialprodukts lassen sich Tendenzänderungen, die sich aus der neuen Situation ergeben könnten, nicht einmal der Richtung nach mit Sicherheit kennzeichnen. Für den öffentlichen Verbrauch werden Energieeinsparungen bei der Raumheizung insgesamt kaum ins Gewicht fallen. Für die Lagerbildung könnten spekulative Bewegungen eine Rolle spielen. So bedingte Lageraufstockungen würden allerdings bei insgesamt verknapptem Güterangebot nur zu einer zusätzlichen Beschränkung der Lieferung an die übrigen Verwendungsbereiche des Sozialprodukts führen.

Unterschiedliche Annahmen sind auch für die Reaktionen der Einfuhr auf die Energieverknappung möglich. Denkbar wäre eine zusätzliche Einfuhr sowohl aus spekulativen Gründen als auch bei solchen Waren, die sich — neben dem Öl — im Inland verknappen. Solche Tendenzen werden überlagert von dem verminderten Einfuhrbedarf, der sich aus der stagnierenden gesamtwirtschaftlichen Produktion ergibt. Plausibel erscheint unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte eine nur geringfügige Zurücknahme der früher gegebenen Einfuhrprognosen, die zu einem großen Teil auf die direkten Wirkungen der Lieferbeschränkungen bei Mineralöl zurückzuführen ist.

Zur sektoralen Entwicklung

Bei der von Sektor zu Sektor stark unterschiedlichen Abhängigkeit der Produktion von Mineralölprodukten, der ebenfalls sektoral sehr unterschiedlichen Substitutionsmöglichkeiten von Öl durch andere Energieträger und der durch die Ölknappeit ausgelösten Nachfrageverschiebungen werden die sektoralen Veränderungen der Produktion 1974 stark um das durchschnittliche Null-Wachstum streuen.

Mit Hilfe der Input-Output-Rechnung ist es möglich, diese Veränderungen konsistent zu berechnen,

Entwicklung und jährliche Zuwachsraten des Bruttonutzenvolumens von 1962 bis 1974

Wirtschaftszweige	1966	1972	1973	1974		1962/66	1966/72	1972/73	1973/74	
				Vari- ante I1)	Vari- ante II2)				Vari- ante I1)	Vari- ante II2)
				1962 = 100					Durchschnittliche jährliche Zuwachs- raten in vH	
Land-, Forstwirtschaft, Fischerei	111,5	124,2	129,2	134,3	133,0	2,8	1,8	4,0	4,0	3,0
Elektrizitätswirtschaft	132,6	202,5	216,2	227,0	223,1	7,3	7,3	6,8	5,0	3,2
Gas- und Wasserwirtschaft	118,8	157,7	180,6	198,6	196,3	4,4	4,8	14,5	10,0	8,7
Bergbau	55,6	74,8	74,8	74,1	77,0	- 1,1	- 4,0	0,0	- 1,0	2,9
Kohlenbergbau	89,6	77,0	77,0	76,3	80,0	- 2,7	- 2,5	- 0,0	- 1,0	3,9
Eisenerzbergbau	82,9	56,4	56,4	55,6	54,2	- 4,6	- 6,2	0,0	- 1,3	- 3,9
Kali- und Steinsalzbergbau	142,8	89,9	89,1	89,0	86,2	9,3	- 7,4	- 0,9	- 0,1	- 3,2
Erdölgewinnung	112,2	55,2	55,8	54,7	56,4	2,9	- 11,2	1,0	- 1,9	1,0
Restlicher Bergbau	82,6	82,0	82,0	81,4	79,0	- 3,8	- 0,1	0,0	- 0,7	- 3,6
Grundstoff- und Produktionsgüter-Industrien	127,2	196,9	217,2	221,4	205,1	6,2	7,6	10,3	1,9	- 5,6
Industrie der Steine und Erden	119,7	179,3	179,3	170,3	162,5	4,6	7,0	0,0	- 5,0	- 9,4
Eisenschaffende Industrie	110,3	145,1	162,5	157,6	154,5	2,5	4,7	12,0	- 3,0	- 4,9
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien	92,9	98,7	110,6	107,3	103,3	- 1,9	1,0	12,0	- 3,0	- 6,6
Ziehereien und Kaltwalzwerke	128,0	163,0	182,5	177,0	173,0	6,4	4,1	12,0	- 3,0	- 5,2
NE-Metallindustrie	105,4	203,9	224,3	231,0	218,3	1,3	11,6	10,0	3,0	- 2,7
Chemische Industrie	146,9	244,6	281,3	301,0	282,6	10,1	8,9	15,0	7,0	0,5
Mineralölverarbeitung	143,3	244,0	258,7	258,7	206,2	9,4	9,3	6,0	0,0	- 20,3
Kautschuk- und asbestverarbeitende Industrie	129,8	198,9	210,9	204,6	192,5	6,7	7,4	6,0	- 3,0	- 8,7
Sägewerke und holzbearbeitende Industrie	110,1	163,5	176,6	183,7	180,0	2,4	6,8	8,0	4,0	1,9
Zellstoff- und papiererzeugende Industrie	114,1	158,5	169,6	178,1	167,4	3,4	5,6	7,0	5,0	- 1,3
Investitionsgüterindustrien	124,3	184,7	198,0	201,5	193,8	5,6	6,8	7,2	1,8	- 2,1
Stahlbau	111,7	143,7	150,9	146,4	151,2	2,8	4,3	5,0	- 3,0	0,2
Maschinenbau	116,4	160,0	164,8	168,1	158,9	3,9	5,5	3,0	2,0	- 3,6
Straßenfahrzeugbau	139,1	207,7	226,4	215,0	203,0	8,6	6,9	9,0	- 5,0	- 10,3
Luftfahrzeugbau	93,7	178,7	189,1	196,6	196,6	- 1,6	11,4	5,8	4,0	4,0
Schiffbau	120,5	190,7	192,7	202,3	197,2	4,8	8,0	1,0	5,0	2,4
Elektrotechnische Industrie	128,9	221,5	245,9	260,6	253,1	6,6	9,5	11,0	6,0	2,9
Feinmechanische und optische Industrie	126,6	176,3	190,4	198,1	197,3	6,1	5,7	8,0	4,0	3,6
Stahlverformung	117,1	149,1	165,5	177,0	172,1	4,0	4,1	11,0	7,0	4,0
EBM-Industrie	124,0	171,2	179,8	183,4	177,0	5,5	5,5	5,0	2,0	- 1,6
Verbrauchsgüterindustrien	118,3	160,7	165,6	168,1	164,7	4,3	5,2	3,1	1,5	- 0,5
Feinkeramische Industrie	116,8	141,0	146,7	149,6	147,6	4,0	3,2	4,0	2,0	0,6
Glasindustrie	125,9	189,7	206,8	213,0	204,9	5,9	7,1	9,0	3,0	- 0,9
Holzverarbeitende Industrie	121,5	192,2	209,5	217,8	214,6	5,0	7,9	9,0	4,0	2,4
Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie	127,8	140,7	137,8	136,5	136,2	6,3	1,6	- 2,0	- 1,0	- 1,2
Papier- und pappeverarbeitende Industrie	128,3	176,7	183,8	187,5	179,6	6,4	5,5	4,0	2,0	- 2,3
Druckerei- und Vervielfältigungs-Industrie	107,4	155,9	163,7	167,0	165,5	1,8	6,4	5,0	2,0	1,1
Kunststoffverarbeitende Industrie	176,5	386,6	446,6	489,1	459,7	15,2	14,0	15,0	10,0	3,4
Lederindustrie	106,8	98,4	83,7	78,6	78,3	1,7	- 1,4	- 15,0	- 6,0	- 6,4
Textilindustrie	111,3	134,7	137,4	133,2	132,4	2,2	3,2	2,0	- 3,0	- 3,6
Bekleidungsindustrie	116,5	144,8	134,7	134,7	134,3	3,9	3,7	- 7,0	0,0	- 0,3
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	119,6	162,9	167,8	174,5	173,7	4,6	5,3	3,0	4,0	3,5
Möhlenindustrie	99,9	115,8	112,0	115,8	115,0	- 0,0	2,5	- 3,4	3,3	2,7
Ölmöhlen- und Margarine-Industrie	115,9	194,1	201,9	210,2	208,3	3,8	9,0	4,0	4,1	3,2
Zuckerindustrie	118,2	154,3	158,9	163,6	163,0	4,3	4,5	3,0	3,0	2,6
Brauereien und Mälzereien	123,7	150,1	154,6	157,6	156,6	5,5	3,3	3,0	1,9	1,3
Tabakverarbeitende Industrie	118,4	137,5	138,8	137,9	137,5	4,3	2,5	1,0	- 0,6	- 0,9
Sonstige Nahrungs- und Genußmittel-Industrie	121,5	174,2	180,6	190,3	189,3	5,0	6,2	3,7	5,3	4,8
Industrie, insgesamt	122,2	176,4	188,5	192,3	184,3	5,1	6,3	6,9	2,0	- 2,2
Handwerk und sonstiges prod. Gewerbe	123,3	148,9	157,1	162,8	161,1	5,4	3,2	5,5	3,6	2,5
Baugewerbe	123,7	145,9	147,4	145,9	141,7	5,5	2,8	1,0	- 1,0	- 3,9
Großhandel	111,9	138,2	142,3	145,4	140,9	2,9	3,6	3,0	2,2	- 1,0
Einzelhandel	119,6	153,3	155,7	156,9	155,3	4,6	4,2	1,6	0,7	- 0,3
Eisenbahnen	107,8	115,9	120,6	118,2	119,4	1,9	1,2	4,0	- 2,0	- 1,0
Schiffahrt, Wasserstraßen und Häfen	102,8	125,9	132,2	133,5	128,4	0,7	3,4	5,0	1,0	- 2,8
Übriger Verkehr	121,9	187,4	200,5	204,5	202,5	5,1	7,4	7,0	2,0	1,0
Nachrichtenübermittlung (Post)	115,6	191,4	208,6	223,2	219,6	3,7	8,8	9,0	7,0	5,3
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	139,3	208,2	223,9	233,2	230,4	8,6	6,9	7,6	4,1	2,9
Wohnungsvermietung	130,5	165,1	174,2	179,7	179,7	6,9	4,0	5,5	3,2	3,2
Sonstige Dienstleistungen	122,4	156,7	165,0	168,8	166,8	5,2	4,2	5,3	2,3	1,1
Staat (einschl. Sozialversicherung)	106,6	149,6	153,5	157,0	156,7	1,6	5,8	2,6	2,3	2,1
Private Haushalte	89,1	81,2	79,0	76,9	76,9	- 2,8	- 1,5	- 2,7	- 2,8	- 2,8
Alle Wirtschaftszweige	120,9	163,9	173,2	177,0	172,0	4,9	5,2	5,6	2,2	- 0,7

1) Status-quo-ante-Prognose, Stand Mitte November 1973. — 2) Prognose bei Energieverknappung.

1) Status-quo-ante-Prognose, Stand Mitte November 1973. — 2) Prognose bei Energieverknappung.

da nicht nur die direkten, sondern auch die indirekten Effekte berücksichtigt werden.

Die vom DIW für das Jahr 1966 berechneten Input-Koeffizienten wurden als Basis benutzt und für die Sektoren der Energiewirtschaft (Elektrizitätswirt-

schaft, Gas- und Wasserwirtschaft, Kohlenbergbau, Erdölgewinnung, Mineralölverarbeitung) für 1972 neu berechnet. Preisbasis der Tabellen ist 1962.

Um den voraussichtlichen Gegebenheiten für 1974 nachzukommen, wurde eine lineare Mineralölein-

sparung von 10 vH¹ bei allen 56 Sektoren der Wirtschaft und zusätzlich eine Substitution von 7 Mill. t Mineralöl durch 9,8 Mill. t Kohle noch im Jahre 1974 angenommen.

Folgende Substitutionen wurden unterstellt:

	Kohle in Mill. t SKE	Mineralöl in Mill. t
Elektrizitätswirtschaft	+ 4,2	× 3,0
Eisenschaffende Industrie	+ 3,0	× 2,1
Übrige Industrie	+ 2,6	× 1,9

Aus der linearen Kürzung und der Substitution ergeben sich für 1974 gegenüber 1972 steigende Input-Koeffizienten für den Kohlenbergbau und fallende für die Mineralölverarbeitung. Bei diesen Annahmen errechnet sich für den Kohlenbergbau eine Zunahme der Förderung um 4 vH gegenüber 1973 und für die Mineralölverarbeitung eine Produktionsabnahme um 20 vH.

Die Endnachfrage-Vektoren für 1974 wurden zweifach berechnet: Einmal nach den Bedingungen der Status-quo-ante-Prognose (Variante I), zum anderen unter Berücksichtigung der Mineralölverknappung (Variante II).

Bei Variante II wird der private Verbrauch um 2 vH niedriger veranschlagt als nach Variante I und der Absatz der Mineralölverarbeitung an die privaten Haushalte dementsprechend um 20 vH zurückgenommen. Infolge der Verknappung und Verteuerung des leichten Heizöls werden die privaten Haushalte rationeller heizen und verstärkt Kohle und Koks für den Hausbrand nachfragen.

Sonntagsfahrverbot, Geschwindigkeitsbegrenzung, Verteuerung des Kraftstoffs sowie eine eventuelle Rationierung werden die jährliche Fahrleistung der Kraftfahrzeuge im Besitz der privaten Haushalte vermutlich herabsetzen. Die Nachfrage nach Automobilen, Ersatzteilen und Reifen sowie nach Reparaturleistungen des Kraftfahrzeughandwerks geht zurück. Für 1974 wurde der Absatz des Straßenfahrzeugbaus an private Haushalte um ein Viertel gekürzt.

Für die einzelnen Verwendungsbereiche des Sozialprodukts wurden die Annahmen aus der gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung übernommen: Die Zuwachsraten der Status-quo-ante-Prognose wurden beim öffentlichen Verbrauch um 0,5 vH, bei den Brutto-Anlageinvestitionen um 4 vH und bei der Ausfuhr um 3,5 vH reduziert. Von der Kürzung der Anlageinvestitionen wird vor allem die Produktion des Maschinen- und Fahrzeugbaus sowie der Bauwirtschaft getroffen; Ausfuhrkürzungen wird vor allem die chemische Industrie vornehmen müssen.

Für den Straßenfahrzeugbau wird dagegen eine Steigerung des Ausfuhrvolumens angenommen, da

die Auslandsnachfrage sich verstärkt auf Kraftfahrzeuge geringeren Hubraums und damit sparsameren Benzinverbrauchs richten wird.

Die Leistungen einiger weniger Wirtschaftsbereiche werden im nächsten Jahr infolge der Mineralölverknappung stärker nachgefragt werden, als nach den Bedingungen der Status-quo-ante-Prognose zu unterstellen war. Neben dem Kohlenbergbau wird der Stahlbau aller Voraussicht nach eine günstigere Entwicklung erreichen, da zusätzliche Nachfrage im Bereich der Heizungstechnik entstehen wird.

Nach Vorgabe der beiden Varianten errechnen sich mit Hilfe der Input-Output-Analyse für jeden Sektor zwei Bruttoproduktionswerte, also die Produktionsstruktur 1974 ohne und mit Berücksichtigung der Ölverknappung. Es ergaben sich für die 56 Produktionssektoren nach Variante I Zuwachsraten zwischen + 10 und - 5 vH, nach Variante II solche zwischen + 9 und - 20 vH.

Nach diesen Berechnungen wird die Produktion der Industrie im kommenden Jahr um 2 vH zurückgehen, gegenüber Variante I ist ein realer Wachstumsverlust von 4 vH zu verzeichnen.

Die außerindustriellen Wirtschaftsbereiche werden 1974 dagegen ihre Produktion noch um 1 vH erhöhen können. Dies überrascht nicht, da sich Ausfuhrminderung und gekürzte Investitionsgüternachfrage auf die Industrie konzentrieren. Ferner muß berücksichtigt werden, daß — durch die Vorleistungsverflechtung bedingt — auch die Industriezweige in Mitleidenchaft gezogen werden, deren Produktion durch die Ölverknappung nicht direkt berührt wird. Innerhalb der Industrie werden — wie nicht anders zu erwarten — die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien von der Ölknappheit weitaus am stärksten betroffen: sowohl direkt als auch indirekt. Hier betragen die Produktionseinbußen 7 vH, im Investitionsgütersektor 4 vH.

Die Produktionsstruktur wird nach diesen Berechnungen innerhalb eines einzigen Jahres erheblich verändert: Die Anteile des warenproduzierenden Gewerbes an der gesamten Produktion gehen zurück, die Anteile von Landwirtschaft, Energieveredelung und Dienstleistungen steigen.

Kosten und Preise

Völlig ungewiß ist das Ausmaß der zu erwartenden Preissteigerungen. Sicher ist gegenwärtig allein, daß sich wegen der gestiegenen Preise für Erdölprodukte

¹ Die Annahme einer geringeren linearen Senkung des Mineralöleinsatzes wirkt sich im wesentlichen nur auf die Bruttoproduktion der Mineralölverarbeitung selbst aus.

sowohl Produktion als auch private Lebenshaltung erheblich verteuern werden. Zu unterscheiden ist dabei zwischen den Preiserhöhungen für Rohöl, die die Lieferländer vorgenommen haben, und den Verteuerungen auf den nachfolgenden Stufen. Bei den Rohölpreisen ist leider zu befürchten, daß es nicht bei den bisherigen Anhebungen bleibt. Im Gefolge der Ölverknappung ist es in den letzten Wochen auf Teilmärkten zu Preisanhebungen gekommen, die weit über das Ausmaß hinausgingen, das durch die Verteuerung des Rohöls bedingt gewesen ist: Preiserhöhungen hat es also auch beim Transport, der Verarbeitung und dem Handel gegeben. Die Ausweitung der Spannen auf diesen Stufen bedeutet, daß sich Produkte im kommenden Jahr auch dann nicht weiter fühlbar verteuern müßten, wenn die Rohölpreise nochmals angehoben würden.

Bliebe es bei den gegenwärtigen Preisen, so ergäbe sich allein aufgrund der Mineralölverteuerung für den gesamten privaten Verbrauch ein zusätzlicher Preisanstieg von 1,5 bis 2 vH.

Ungewiß ist auch die Entwicklung der Löhne, des wichtigsten Kostenfaktors der Gesamtwirtschaft. Es bleibt abzuwarten, wie die veränderten Ausgangsbedingungen auf die Tarifabschlüsse wirken. Schon unter den günstigeren Status-quo-ante-Bedingungen zeichneten sich für die kommenden Monate kräftige Steigerungen für die Lohnstückkosten ab: Nach einer Zunahme von 7 vH in diesem Jahr war hier für 1974 mit einer Beschleunigung auf 8 vH zu rechnen.

Ein Teil der energiebedingten Produktionsbeschränkungen wird zu Lasten des Arbeitsvolumens gehen: Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden wird 1974 zurückgehen. Als Nebenwirkung der Produktionsbehinderungen ist jedoch auch mit einer Verminderung der Produktivität je Arbeitsstunde zu rechnen. Sie wird auf etwa 1,5 vH-Punkte veranschlagt, d. h. statt einer Zunahme um 4,5 vH wird nur noch ein Fortschritt von 3 vH angenommen. Um diese Differenz würden sich die Lohnstückkosten bei unverändert starker Ausdehnung der Effektivlohnsätze im kommenden Jahr zusätzlich erhöhen. Ihr Anstieg würde dann etwa 9 vH betragen. Diese Aussage bezieht sich auf eine angenommene Zunahme der Effektivlohnsätze im Durchschnitt des Jahres 1974 von 11,5 bis 12 vH.

Eine solche zusätzliche Beschleunigung im Anstieg der Lohnstückkosten würde dann vermieden werden, wenn der Effektivlohnsatz sich etwa im Ausmaß der Produktivitätseinbuße verminderte. In diesem Falle würden sich die Lohnstückkosten nach wie vor um knapp 8 vH, die Effektivlohnsätze nur um etwa 10,5 vH erhöhen.

Mit diesen beiden Spielarten sind keinesfalls die möglichen Tendenzen der Lohnentwicklung im kom-

Zwei mögliche Varianten der Lohn- und Arbeitsmarktentwicklung
Im Jahre 1974

	Veränderung in	Prognose status quo ante ¹⁾	Varianten bei Energieverknappung	
Bruttoinlandsprodukt, real . .	vH	3,0	0,0	0,0
Produktivität . .	vH	4,5	3,0	3,0
Arbeitsvolumen, geleistet	vH	— 1,5	— 3,0	— 3,0
Arbeitsvolumen, bezahlt	vH	— 0,7	— 2,7	— 2,6
Effektivlohnsätze	vH	11,7	11,7	10,7
Arbeitslose . . .	1000 Pers.	+ 100	+ 255	+ 145
Kurzarbeiter . .	1000 Pers.	+ 60	+ 380	+ 560
Beschäftigte Arbeitnehmer .	vH	0,0	— 1,4	— 0,9
Bruttolohn- und -gehaltssumme .	vH	11,0	8,7	7,8
Lohnstückkosten	vH	7,8	8,7	7,8

¹⁾ Stand Mitte November 1973.

menen Jahr abgegriffen, geschweige denn eingegrenzt. Aus der gegenwärtigen Sicht könnten die hier angenommenen Steigerungssätze sowohl unter- als auch überboten werden. Für eine Unterbietung spricht die wirtschaftliche Situation; bei stagnierendem realen Bruttosozialprodukt ist in einigen Bereichen mit einer kräftigen Verminderung der Zahl der Beschäftigten, in anderen Bereichen zumindest mit einer größeren Unsicherheit der Arbeitsplätze zu rechnen. Dies sollte sich auch in einer Mäßigung der Einkommensansprüche auswirken.

Es kann aber auch nicht ausgeschlossen werden, daß die jetzt schon fühlbaren Verteuerungen, die durch die Erhöhung der Preise für Mineralölprodukte bewirkt worden sind, vor allem in der entscheidenden Zeit um die Jahreswende 1973/74 zu verstärkten Lohnforderungen und erhöhten Tarifabschlüssen führen. Hierdurch würde mit Sicherheit das Tempo des Preisanstiegs zusätzlich beschleunigt werden.

Keine dieser hier angesprochenen Varianten kann aus heutiger Sicht einen höheren Wahrscheinlichkeitsgrad für sich beanspruchen als die übrigen. Dies zwingt dazu, für die Gegenwart auf die Prognose des nominalen Sozialprodukts im Jahre 1974 mit allen seinen Kosten- und Preiskomponenten zu verzichten. Als sicher kann aber gelten, daß die Preissteigerungsrate des privaten Verbrauchs schon wegen der erhöhten Preise für Mineralölprodukte größer sein wird als die Zuwachsrate der Lohnstückkosten.

Erhebliche Reduzierung des Arbeitsvolumens unausweichlich

In der vorliegenden Rechnung wird für 1974 eine Reduzierung der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden

um 3 vH angenommen. Entsprechend wird sich bei stagnierender Produktion die Produktivität erhöhen.

Wie sich diese Verminderung des Arbeitsvolumens auf die einzelnen Komponenten des Arbeitsmarktes verteilt, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Durch den Stopp der Gastarbeiter-Anwerbung aus Nicht-EG-Ländern wird es mit Sicherheit zu einem Rückgang der Zahl der in der Bundesrepublik beschäftigten Ausländer kommen. Nicht abzusehen ist, ob sich die Zahl der aus „natürlichen“ Gründen aus dem Arbeitsprozeß ausscheidenden Erwerbstätigen in der neuartigen Situation vergrößern oder verkleinern wird, d. h. ob ein Teil der entstehenden Arbeitslosigkeit unsichtbar bleibt. Auf alle Fälle wird die Drosselung des Arbeitsvolumens zu vermehrter Arbeitslosigkeit, aber auch zur Verstärkung der Kurzarbeit führen. Es kann angenommen werden, daß die Arbeitslosigkeit um so stärker zunehmen wird, je höher die Lohnsatzsteigerungen ausfallen. Dagegen ist es im Falle einer gemäßigten Lohnpolitik wahrscheinlich, daß die Arbeitgeber zunächst den Weg über vermehrte Kurzarbeit gehen werden.

Einnahmenausfälle beim Staat

Die Ungewißheit über die weitere Preisentwicklung berührt auch die Vorausschau auf die Staatsfinanzen. Genauer kalkulierbar sind zur Zeit nur die Ausfälle bei der Mineralölsteuer. Unter der hier zugrunde gelegten Hypothese einer Kürzung des Mineralölverbrauchs um 20 vH gegenüber 1973 errechnet sich ein Betrag von 3½ Mrd. DM.

Im Gegensatz zur Mineralölsteuer sind die meisten großen Steuern nicht mengen-, sondern wertabhängig. Entscheidend für die zu erwartenden Einnahmen ist daher, ob sich die bisher der Steuerschätzung zugrunde gelegten nominalen Ausgangsgrößen merklich verändern. Wahrscheinlich werden entscheidende Einkommens- und Umsatzgrößen nicht entsprechend der Minderung der Produktion nach unten reagieren. Der Tendenz nach ist daher bei den wertgebundenen Steuerarten mit einem geringeren relativen Ausfall zu rechnen als bei der realen Produktion.

Kommt es im Einkommens- und Preissektor nicht zu extremen Entwicklungen nach oben, so werden sich nennenswerte Einnahmenausfälle aber auch bei den wertabhängigen Steuern ergeben.

Für die Staatsausgaben sind Korrekturen an den bislang vorausgeschätzten Größen zunächst vor allem bei den sozialorientierten Ausgabekategorien vorzunehmen: Mit zunehmender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit werden sich die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit erhöhen. Auch sind verstärkte Neuzugänge in der Rentenversicherung wahrscheinlich. Die übrigen Einkommensübertragungen an private

Haushalte sind gesetzlich festgelegt und daher wenig reagibel. Für den großen Block der Personalausgaben fällt die Entscheidung erst mit dem neuen Tarifabschluß zu Jahresbeginn. Hier wird es darauf ankommen, deutlich unter den bisher geltend gemachten, überhöhten Forderungen zu bleiben. Allerdings ist nicht zu erwarten, daß eine Einigung auf einem niedrigeren Niveau erzielt werden wird, als es ohne Energiekrise der Fall gewesen wäre. So wird man die in der Status-quo-ante-Prognose gegebenen quantitativen Vorausschätzungen der gesamten Staatsausgaben im großen und ganzen auch unter den neuen Bedingungen als wahrscheinlich ansehen können. Nur bei der Arbeitslosenversicherung dürften Mehrausgaben in der Größenordnung von 1½ Mrd. DM anstehen.

Anhand dieser Überlegungen zeichnet sich für die Gebietskörperschaften eine Verschlechterung des Finanzierungssaldos ab. Diese Verschlechterung muß allerdings vor dem Hintergrund einer sehr günstigen Finanzierungssituation der öffentlichen Haushalte im Jahre 1973 beurteilt werden (+ 14,5 Mrd. DM). Noch vor wenigen Wochen konnte auch für das kommende Jahr mit erheblichen Finanzierungsüberschüssen im staatlichen Bereich gerechnet werden. In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung hätte sich 1974 für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen, einschließlich der Einnahmen aus Investitionssteuer und Stabilitätzuschlag, ein Finanzierungsüberschuß von rund 14 Mrd. DM ergeben. Er dürfte nun um 10 bis 12 Mrd. DM niedriger ausfallen.

Für den Bundeshaushalt ist die finanzielle Vorausschau ungünstiger, weil 1974 zugleich eine Umverteilung des Aufkommens aus der Mehrwertsteuer vorgenommen wird. Der Bund leistet damit zugunsten der Länder Verzicht auf rund eine Milliarde DM Einnahmen. Kalkuliert man diesen Effekt ein und geht vom Konzept der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf die in öffentlichen Haushaltsrechnungen gebräuchliche Abgrenzung über, nach der Kreditvergaben an andere Bereiche als Ausgaben gezählt und Investitionssteuer und Stabilitätzuschlag nicht als Einnahmen gebucht werden, so muß der Bund mit einem Finanzierungsdefizit in der Größenordnung des Jahres 1967 rechnen. Diese 7 bis 8 Mrd. DM bedeuteten damals 10 vH der Ausgaben für laufenden Bedarf und Investitionen; 1974 macht der gleiche Betrag 6 vH aus.

Im Gegensatz zu 1967 verfügt der Bund heute über erhebliche finanzielle Reserven in Form der Konjunkturausgleichsrücklagen sowie der stillgelegten Einnahmen aus Steuern und der Stabilitätsanleihe. Finanziell ist der Bund also auf die krisenhafte Situation der Wirtschaft gut vorbereitet.

Wirtschaftspolitische Überlegungen

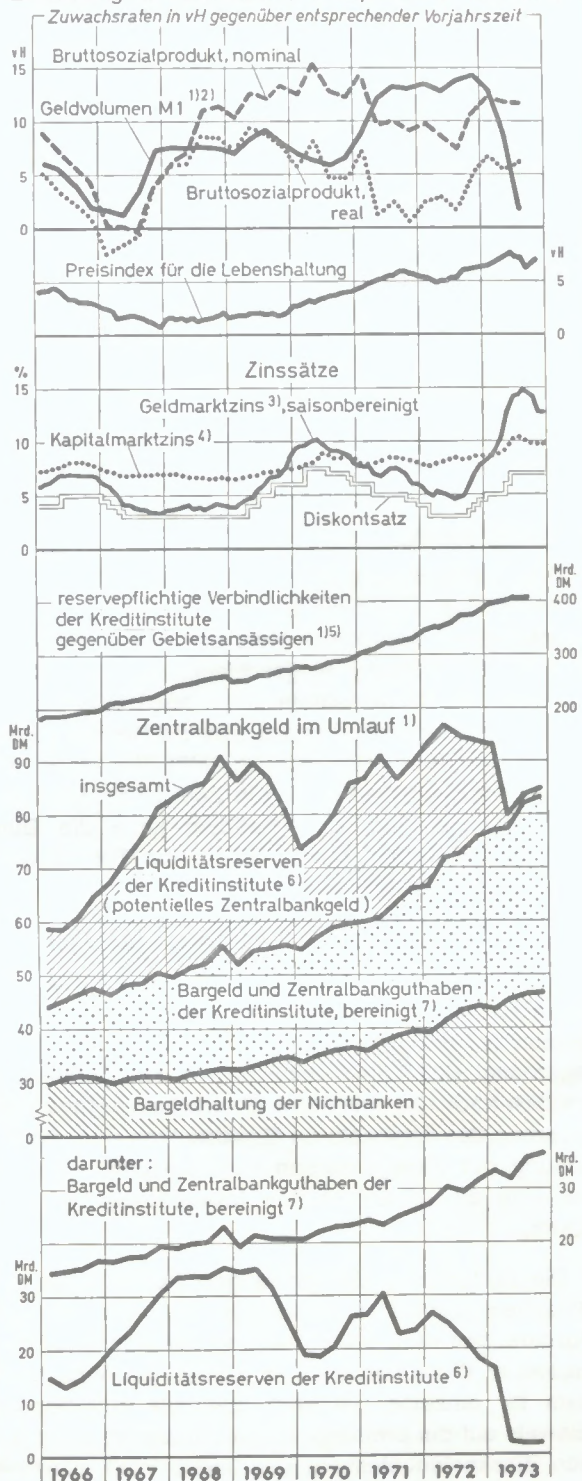
Während Stagnationsperioden üblicherweise durch zu geringe Nachfrage und durch eine Unterauslastung des Produktionspotentials gekennzeichnet sind, kann dies für die vor uns liegende Zeit nicht ohne weiteres angenommen werden. Zwar werden die technischen Kapazitäten auch im Jahre 1974 zunehmen, und am Arbeitsmarkt werden Reserven entstehen, die konjunkturpolitisch und auch sozialpolitisch als unerwünscht groß gelten müssen. Bei wirtschaftspolitischen Gegenmaßnahmen muß indessen in Betracht gezogen werden, daß das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential nicht mehr allein durch die technischen Kapazitäten und das Arbeitskräftepotential bestimmt ist; limitierender Faktor ist jetzt das Energieangebot. Aus dieser Sicht ergäbe sich durch das Zusammenfügen der energiebestimmten Angebots-situation mit der realen Nachfrageexpansion in der Status-quo-ante-Prognose eine Konstellation der Übernachfrage. Allerdings reagiert auch die reale Nachfrage auf die Energieverknappung — besonders deutlich am Automobilmarkt —, so daß eine solche Gegenüberstellung von Angebot und Nachfrage die Zukunft nicht zutreffend widerspiegelt.

Dennoch zeigt dieser Vergleich, daß es falsch wäre, global auf die zu erwartenden Produktionseinschränkungen mit nachfrageanregenden Maßnahmen der monetären und der Fiskalpolitik zu reagieren. Die Wirtschaftspolitik findet sich vielmehr auf einem sehr schmalen Grat, auf dem es gilt, die Nachfrage so dicht wie möglich an das Angebotspotential heranzuführen, ohne dabei aber zu riskieren, daß sich aufgrund von Selbstverstärkungsprozessen die Nachfrage noch unter dem neuen, verminderten Angebotspotential einspielt. Dann entstünde eine Situation, in der noch mehr Verzicht auf Produktion und Beschäftigung geleistet würde, als es durch die Energieverknappung allein notwendig ist.

Kann in dieser Situation das Instrumentarium an globalsteuernden wirtschaftspolitischen Maßnahmen nicht unbesehen zur Krisenbekämpfung eingesetzt werden, so wäre es ebenso verfehlt, das Heil in einer Vielzahl diskretionärer Eingriffe zu suchen. Zu beachten sind die neuen strukturellen Erfordernisse, die sich mit der Energiekrise angekündigt haben, und die auch bleiben werden, wenn die uns gegenwärtig diktierten Mengenbeschränkungen bei der Belieferung mit Mineralöl wieder aufgehoben werden sollten. Die Wirtschaft wird sich auf andere Strukturen der Deckung des Energiebedarfs und der Energieverwendung einstellen müssen, und zwar nicht nur kurzfristig, sondern mittel- und langfristig. Für die Lösung der Aufgabe struktureller Anpassung hat sich die marktwirtschaftliche Organisationsform bisher stets als die am besten geeignete erwiesen. Dies

INDIKATOREN DER GELDPOLITIK Bundesgebiet einschließlich West - Berlin

Entwicklung von Geldvolumen, Sozialprodukt u. Preisniveau



1) Quartalsdurchschnitte aus den Monatsendbeständen. — 2) Bargeld und Sicht-einlagen von inländischen Nichtbanken. — 3) Dreimonatsgeld in Frankfurt a. M. — 4) Rendite umlaufender festverzinslicher Wertpapiere. — 5) Zum Teil geschätzt. — 6) Liquide Geldmarktpapiere und unausgenutzte Rediskontkontingente; von April 1973 an Neuberechnung der Deutschen Bundesbank. — 7) Um die von Februar 1949 an kumulierten Effekte von Änderungen des durchschnittlichen Reservesatzes.

sollte auch in der vor uns liegenden Zeit nicht vergessen werden. Es empfiehlt sich daher, nach dem Grundsatz „So viel Marktwirtschaft wie möglich, so viel Dirigismus wie unumgänglich“ zu verfahren.

Gegen eine rasche Kursrevision in der Konjunkturpolitik — Umschalten von Restriktion auf Expansion — sprechen nach wie vor die Preisentwicklung und die erhöhten Gefahren für einen Erfolg der Stabilisierung. Neuerdings gehen auch von den Devisenmärkten Tendenzen aus, die auf eine Verstärkung des inländischen Preisauftriebs hinauslaufen. Seit Ende September neigt die D-Mark zur Schwäche. Trotz nennenswerter Devisenverkäufe der Bundesbank ist der Wechselkurs der D-Mark fühlbar gesunken, vor allem gegenüber dem Dollar, aber auch gegenüber den übrigen Ländern des Floating-Blocks. Hierzu haben zwei Faktoren beigetragen: die Verbesserung der amerikanischen Zahlungsbilanz und der Zinsanstieg in anderen Ländern. Auf die Dauer ist eine solche Abwertungstendenz für die D-Mark stabilitätspolitisch nicht erwünscht.

Aus binnenwirtschaftlichen wie außenwirtschaftlichen Gründen wird die Bundesbank vorerst grundsätzlich jenen restriktiven Kurs beibehalten müssen, den sie im Frühjahr eingeschlagen hat: Seit April verfügen die Kreditinstitute kaum noch über liquide Geldmarktanlagen und unausgenutzte Rediskontkontingente, also über Sekundärliquidität, die rasch und ohne nennenswerte Verluste in Zentralbankgeld umgewandelt werden kann. Seitdem kann die Bundesbank unmittelbar den Umfang des Zentralbankgeldes steuern, das die Nichtbanken, vor allem die privaten Haushalte, für Transaktionszwecke und die Banken als gesetzliche und freiwillige Reserven brauchen. Die Bundesbank hat diese Chance genutzt. Sie verknappte das Angebot an Zentralbankgeld. Infolgedessen ließ die Expansion der reservepflichtigen Einlagen und des damit ermöglichten Kreditvolumens deutlich nach. Die drastische Einschränkung und Verteuerung des Angebots an Bankkrediten und die Erhöhung der Einlagenzinsen trugen schließlich dazu bei, daß die Wirtschaft ihre Investitionspläne revidierte.

Die Fortsetzung der bisherigen Politik einer gedämpften monetären Expansion ist nicht mit den Forderungen nach einer Senkung der Nominalzinsen vereinbar. Diese Forderungen werden gewöhnlich mit dem für einzelne Sektoren durchaus zutreffenden Hinweis auf die preistreibenden Wirkungen einer hohen Zinskostenbelastung begründet. Weit schwerer wiegt aber, daß durch eine auf Zinssenkung gerichtete Expansionspolitik das Ziel verfehlt würde, auch in der neuen Situation dem Preisauftrieb über eine Dämpfung der monetären Gesamtnachfrage zu begegnen.

Eine solche Dämpfung der monetären Gesamtnachfrage kann nur erreicht werden, wenn der Realzins nicht sinkt. Denn für die Verschuldungsneigung der Unternehmen und für die Sparneigung der privaten Haushalte kommt es nicht primär auf die Nominalzinssätze an, sondern auf die nach Abzug der erwarteten Preissteigerungsraten verbleibenden Realzinsen. Die Realzinsen sind in den letzten Jahren gesunken, für eine Reihe von Geldanlagen sind sie sogar negativ. Hohe Nominalzinsen werden solange unvermeidlich sein, wie nicht mit einer nennenswerten „Tendenzwende“ in der Preisentwicklung gerechnet wird.

Je stärker der Wirtschaftsprozess im kommenden Jahr monetär durch eine Politik des knappen Geldes vor der Gefahr eines Überbordens der Preissteigerungen bewahrt wird, desto größer wird der Bewegungsspielraum der öffentlichen Finanzpolitik. Sie kann mit ihren Mitteln zur Verhütung allzu großer partieller, d. h. sektoraler oder regionaler Produktions- und Beschäftigungseinbußen beitragen. Schon in der Status-quo-ante-Prognose war eine erhöhte Investitionstätigkeit für den Staat zugrunde gelegt worden. Wenn sich nun die Produktionseinbrüche in der Bauwirtschaft noch zusätzlich zu verschärfen drohen, so ergibt sich für den Staat die Möglichkeit und Notwendigkeit einer noch stärkeren Ausdehnung seiner eigenen Investitionen. Erstmals seit Jahren bietet sich damit die Gelegenheit, bisher der Stabilitätspolitik geopfert Investitionen in der Infrastruktur wenigstens zum Teil nachzuholen. Im übrigen sollten Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung so ausgewählt werden, daß sie nicht rasch am Engpaßfaktor Energie zu scheitern drohen. Zu dieser Gruppe zählen auch der Ausbau öffentlicher Nahverkehrseinrichtungen, die Modernisierung des Streckennetzes der Bundesbahn, aber auch Ausgaben für den Natur- und Landschaftsschutz, z. B. Ausbau der vorgesehenen Nationalparks.

Zur Verhütung einer größeren Arbeitslosigkeit sollte die Lohnpolitik ihren Beitrag leisten. Auch in der krisenhaften Situation wird der Zusammenhang zwischen Lohnsätzen und Arbeitslosigkeit bestehen bleiben. Sozial wünschenswert ist, daß die unumgängliche Schrumpfung des Arbeitsvolumens eher zu einer Zunahme der Kurzarbeit als zu einer Erhöhung der Arbeitslosenzahlen führt. Zu einer solchen Entwicklung könnte eine zurückhaltende Tarifpolitik beitragen.

Die Gewerkschaften laufen dabei allerdings Gefahr, von unerwartet hohen Preissteigerungsraten desavouiert zu werden. Es gibt zwei Möglichkeiten, dieser Gefahr zu begegnen. Erstens kommen Revisionsklauseln in Tarifvereinbarungen in Betracht, die für einen solchen Fall erneute Verhandlungen vorsehen.

Zweitens könnte der Staat im Falle einer sich durchsetzenden gemäßigten Lohnentwicklung die für den 1. Januar 1975 vorgesehenen Steuersenkungen für Arbeitnehmer vorzeitig in Kraft setzen. In Frage kommt aber auch eine Steuersenkung entsprechend dem Stabilitätsgesetz.

Für andere Maßnahmen steht zur Zeit der Schlußredaktion dieses Berichts die Entscheidung noch aus. Es handelt sich um die vorzeitige Aufhebung der Investitionssteuer und die Wiedereinsetzung der Sonderabschreibungen für Eigenheime und Eigentumswohnungen (§ 7b EStG). Beides wären Maßnahmen der klassischen Konjunktursteuerung in konjunkturellen Abschwungsphasen. In der jetzigen Situation fügen sie sich nicht in die Reihe der Mittel ein, die zur Bekämpfung der energiekrisisbedingten Beschäftigungslosigkeit geeignet sind. Für die Aussetzung der Investitionssteuer in dieser Zeit spricht zwar vorwiegend die direkte Wirkung dieser Maßnahme auf die Preise für Investitionen und das gesamtwirtschaftliche Preisniveau. Für die Verbraucherpreise bringt sie aber kaum eine Entlastung. Daneben fördert die Aussetzung der Investitionssteuer auch solche Investitionsmaßnahmen, die sonst unterblieben wären. Ob deren Inangriffnahme bei einer krisenbedingten Verknappung des Gesamtangebots erwünscht ist, kann nur im Einzelfalle entschieden werden.

Von der Wiedereinsetzung des § 7b EStG sollte man sich keine rasche Belebung der privaten Nachfrage nach Wohnbauten versprechen. Für den Nachfragerückgang in diesem Sektor, wie er sich in letzter Zeit ergeben hat, scheint das hohe Zinsniveau einen stärkeren Einfluß gehabt zu haben, als die Aussetzung dieser Steuervergünstigung. Dies zeigt sich in der großen Diskrepanz zwischen dem nach wie vor hohen Bestand an genehmigten Wohnbauten und den minimalen Auftragsbeständen im Wohnungsbau. Außerdem harmonisiert die Subventionierung des Eigenheimbaus (§ 7b EStG) nicht mit den künftigen strukturellen Erfordernissen im Bausektor. Dagegen

war die Entscheidung, den sozialen Wohnungsbau verstärkt zu fördern, sowohl mit den alten als auch mit den neuen wirtschaftlichen Bedingungen durchaus verträglich. Es wäre besser, auf diesem Weg weiterzugehen.

Der Verzicht auf Steuereinnahmen, den der Staat mit diesen Maßnahmen leisten würde, führte zu einer zusätzlichen Anspannung der Finanzierungssituation im öffentlichen Bereich. Ob damit erwünschte beschäftigungs- und wachstumspolitische Effekte erzielt werden, ist zweifelhaft. Näher liegt die Vermutung, daß darunter sinnvolle andere staatliche Maßnahmen zu leiden haben werden.

Schließlich wird bald zu überprüfen sein, ob die Form, in der bisher Einsparungen von Mineralöl-erzeugnissen im Bereich der privaten Haushalte erreicht werden sollen, auf die Dauer haltbar ist. Bei längerfristig erforderlichen Einsparungsmaßnahmen muß nach dem Kriterium der minimalen Beschränkung individueller Wünsche entschieden werden. Mit einer pauschalen Diskriminierung von Fahrten am Wochenende wird dies sicherlich nicht erreicht. Hinzu kommt die gleichzeitige starke Belastung einzelner Branchen (Gaststättengewerbe). Außerdem fehlt hierbei — abgesehen von den durch die Preiserhöhungen bewirkten Einsparungen — der Anreiz, auch an Wochentagen sparsam beim Benzinverbrauch zu sein. Dieser Anreiz fehlt auch bei einer zeitlichen Verteilung des Fahrverbots entsprechend den Endnummern des amtlichen Kennzeichens. Auf längere Sicht wird ein durchdachtes System der Rationierung von Treibstoff — wie auch von Heizöl — mit geringeren individuellen Härten verbunden sein. Rationierung zwingt im übrigen nicht zu Eingriffen in die Preisbildung. Gerade bei verknüpften Produkten, und das werden auf längere Sicht nicht nur Mineralölprodukte selbst sein, werden Preiskontrollen nicht dazu beitragen können, Mangellagen zu verhindern oder zu mildern, sondern sie werden diese eher verschärfen.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1971 ¹⁾	1972 ¹⁾	1973 ²⁾	1974 ²⁾	
				status quo ante ³⁾	bei Energieverknappung

1. Entstehung des Sozialprodukts, real
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	0,0	— 0,7	0,0	— 0,5	(— 1,5)
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	— 0,7	— 0,1	— 0,1	— 1,0	(— 1,5)
Arbeitstage ⁴⁾	0,3	— 0,2	— 0,1	0	0
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	— 0,4	— 1,0	— 0,2	— 1,5	— 3
Produktivität ⁵⁾	3,0	4,0	6,0	4,5	3
Bruttoinlandsprodukt	2,6	3,0	5,8	3	0

2. Verwendung des Sozialprodukts
In jeweiligen Preisen
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	409,6	447,7	492,3	541,4	
Staatsverbrauch	130,6	147,0	169,2	193,7	
Anlageinvestitionen	203,2	215,5	230,7	248,2	
Ausrüstungen	91,2	92,5	98,2	110,1	
Bauten	112,0	123,0	132,5	138,1	
Vorratsveränderung	+ 4,0	+ 4,4	+ 11,1	+ 5,5	
Außenbeitrag	+ 11,2	+ 14,2	+ 24,5	+ 29,5	
Ausfuhr	173,7	189,0	226,4	251,6	
Einfuhr	162,5	174,8	201,9	222,1	
Bruttosozialprodukt	758,6	828,8	927,8	1018,3	

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	11,0	9,3	10,0	10	
Staatsverbrauch	19,8	12,5	15,1	14,5	
Anlageinvestitionen	12,2	6,1	7,1	7,5	
Ausrüstungen	9,9	1,5	6,2	12	
Bauten	14,1	9,9	7,7	4	
Ausfuhr	9,5	8,9	19,8	11	
Einfuhr	10,2	7,6	15,5	10	
Bruttosozialprodukt	10,6	9,3	11,9	10	

In Preisen von 1962
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	315,0	325,7	334,5	346,3	339,5
Staatsverbrauch	74,0	77,2	79,5	82,3	81,9
Anlageinvestitionen	146,5	149,3	152,4	154,0	147,8
Ausrüstungen	73,9	73,9	76,1	78,5	74,6
Bauten	72,6	75,4	76,3	75,5	73,2
Vorratsveränderung	+ 3,6	+ 3,8	+ 9,1	+ 4,3	+ 4,3
Außenbeitrag	+ 4,5	+ 3,9	+ 15,7	+ 22,2	+ 16,4
Ausfuhr	158,5	168,5	198,1	213,6	206,1
Einfuhr	152,0	164,6	182,4	191,4	189,7
Bruttosozialprodukt	543,6	559,9	591,2	609,1	589,9

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	5,6	3,4	2,7	3,5	1,5
Staatsverbrauch	7,3	4,4	3,0	3,5	3
Anlageinvestitionen	4,5	1,9	2,1	1	— 3
Ausrüstungen	4,8	— 0,1	3,0	3	— 2
Bauten	4,3	3,9	1,2	— 1	— 4
Ausfuhr	6,8	7,7	17,6	8	4
Einfuhr	9,5	8,3	10,8	5	4
Bruttosozialprodukt	2,7	3,0	5,6	3	0

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1971 ¹⁾	1972 ¹⁾	1973 ²⁾	1974 ³⁾	
				status quo ante ³⁾	bei Energieverknappung

3. Preisniveau der Verwendungssseite des Sozialprodukts (1962 = 100)
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	5,2	5,7	7,1	6	
Staatsverbrauch	11,7	7,8	11,9	10,5	
Anlageinvestitionen	7,3	4,1	4,8	6,5	
Ausrüstungen	4,9	1,6	3,1	8,5	
Bauten	9,4	5,7	6,4	5,5	
Ausfuhr	2,5	1,1	1,9	3	
Einfuhr	0,7	— 0,6	4,2	5	
Bruttosozialprodukt	7,8	6,1	6,0	6,5	

4. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ⁶⁾	400,2	439,0	499,0	554,0	
Bruttolohn- und -gehaltsumme	345,0	376,2	425,5	472,2	
Nettolohn- und -gehaltsumme	262,2	285,9	311,9	341,2	
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	182,2	194,7	213,9	224,4	
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	145,0	154,9	163,1	169,0	
darunter: Entnahmen und Vermögenseinkommen ⁷⁾	123,1	138,1	148,1	159,9	
Nichtentnommene Gewinne	17,2	12,9	11,6	6,3	
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	582,4	633,7	712,9	778,4	
Abschreibungen	85,1	93,6	103,7	113,5	
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	91,1	101,5	111,2	126,4	
Bruttosozialprodukt	758,6	828,8	927,8	1018,3	

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ⁶⁾	13,3	9,7	13,7	11	
Bruttolohn- und -gehaltsumme	12,6	9,1	13,1	11	
Nettolohn- und -gehaltsumme	10,6	9,1	9,1	9,5	
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	3,5	6,9	9,9	5	
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	2,8	6,8	5,3	3,5	
darunter: Entnahmen und Vermögenseinkommen ⁷⁾	11,2	12,1	7,2	8	
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	10,1	8,8	12,5	9	
Abschreibungen	13,8	10,0	10,8	9,5	
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	11,6	11,4	10,0	13,5	
Bruttosozialprodukt	10,6	9,3	11,9	10	

5. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ⁶⁾	267,5	291,7	318,4	348,5	
Öffentliche Einkommensübertragungen	96,0	109,4	121,4	137,1	
Entnahmen und Vermögenseinkommen	125,9	141,2	152,0	164,2	
Abzüge: Zinsen auf Konsumentenschulden, nicht zurechenbare Übertragungen ⁸⁾	16,6	18,7	20,7	22,7	
Verfügbares Einkommen	472,8	523,6	571,1	627,1	
Privater Verbrauch	409,6	447,7	492,3	541,4	
Laufende Ersparnis	63,2	75,9	78,8	85,7	
Laufende Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	13,4	14,5	13,8	13,7	

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ⁶⁾	10,7	9,1	9,2	9,5	
Öffentliche Einkommensübertragungen	11,6	14,0	11,0	13	
Entnahmen und Vermögenseinkommen	11,2	12,2	7,6	8	
Verfügbares Einkommen	10,8	10,7	9,1	10	
Privater Verbrauch	11,0	9,3	10,0	10	
Laufende Ersparnis	9,3	20,1	3,8	9	

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1971 ¹⁾	1972 ¹⁾	1973 ²⁾	1974 ³⁾	
				status quo ante ³⁾	bei Energieverknappung
6. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁹⁾					
a) in Mrd. DM					
Einnahmen					
Steuern ¹⁰⁾	178,9	195,7	233,6	266,5	
Sozialversicherungsbeiträge	94,9	108,4	126,6	140,4	
Sonstige laufende Einnahmen	18,3	19,1	20,4	21,8	
Laufende Einnahmen	292,1	323,2	380,6	428,7	
Empfangene Vermögensübertragungen	2,7	3,7	3,5	3,2	
Einnahmen insgesamt	294,8	326,9	384,1	431,9	
Ausgaben					
Staatsverbrauch	130,6	147,0	169,2	193,7	
Laufende Übertragungen an	112,6	129,9	146,8	165,6	
private Haushalte	97,1	110,5	124,0	138,7	
Sonstige	15,5	19,4	22,8	26,9	
Zinsen	7,1	8,0	8,8	9,9	
Laufende Ausgaben	250,3	284,9	324,8	369,2	
Geleistete Vermögensübertragungen	15,9	17,5	18,7	21,0	
Nettoinvestitionen	27,1	25,6	26,0	27,9	
Ausgaben insgesamt	293,3	328,0	369,5	418,1	
Finanzierungssaldo	+ 1,5	− 1,1	+ 14,6	+ 13,8	
b) Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr					
Einnahmen					
Steuern ¹⁰⁾	13,1	9,4	19,4	14	
Sozialversicherungsbeiträge	14,7	14,1	16,8	11	
Sonstige laufende Einnahmen	15,8	4,2	19,4	7	
Laufende Einnahmen	13,8	10,6	17,8	12,5	
Empfangene Vermögensübertragungen	8,3	36,6	− 6,2	− 8,5	
Einnahmen insgesamt	13,7	10,9	17,5	12,5	
Ausgaben					
Staatsverbrauch	19,8	12,5	15,1	14,5	
Laufende Übertragungen an	10,9	15,4	12,9	13	
private Haushalte	11,7	13,9	12,0	12	
Sonstige	5,9	25,0	17,5	18	
Zinsen	11,7	12,4	10,4	12,5	
Laufende Ausgaben	15,4	13,8	14,0	13,5	
Geleistete Vermögensübertragungen	20,6	10,1	6,9	12,5	
Nettoinvestitionen	4,7	− 5,2	1,2	7,5	
Ausgaben insgesamt	14,6	11,8	12,6	13	

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. "Wirtschaft und Statistik", Heft 9, 1973, Seite 519 ff.) und nach eigenen Berechnungen der Arbeitszeit und der Produktivität. — 2) Vorausschätzungen des DIW. Veränderungsdaten 1974 wurden gerundet. — 3) Stand Mitte November 1973. — 4) Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. — 5) Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. — 6) Einschließlich zusätzlicher Sozialaufwendungen der Arbeitgeber. — 7) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. — 8) Steuern im Zusammenhang mit dem Privaten Verbrauch (Kraftfahrzeugsteuer der privaten Haushalte, Hunde-, Jagd- und Fischereisteuer), ferner Erstattungsbeträge im Rahmen der Sozialhilfe und Sozialversicherung, Strafen, Verwaltungsgebühren, freiwillige Beiträge von Selbständigen und Nichterwerbstätigen zur Sozialversicherung, Saldo der Versicherungstransaktionen zwischen Schadenversicherungsunternehmen und privaten Haushalten, Einzelunternehmen u. ä. sowie Saldo der laufenden Übertragungen zwischen privaten Haushalten und der übrigen Welt. — 9) Gebietskörperschaften, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung. — 10) Einschließlich Konjunkturzuschlag (Einbehaltung 1971, Rückzahlung 1972), Investitionssteuer und Stabilitätzuschlag in 1973 und 1974.

Der nächste Wochenbericht erscheint als Doppelnummer am 10. Januar 1974

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 und 53 Bonn, Adenauerallee 170
Tel.: (030) 8 29 11 — telex: 01 83247 diwbl

Präsident: Dr. Klaus Dieter Arndt

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Doris Cornelsen, Dr. Günther John, Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Peter Mitzscherling, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seldier, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich
Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: ZIPPEL-DRUCK, Herbert Zippel KG, 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43

Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, vierteljährlich DM 9,—, Einzelnummer DM 1,—